



# HESSISCHER LANDTAG

03. 09. 2013

*Zur Behandlung im Plenum  
vorgesehen*

## **Dringlicher Antrag der Fraktion DIE LINKE**

### **betreffend Aufnahme syrischer Flüchtlinge schnellstens in Hessen ermöglichen**

Der Landtag wolle beschließen:

1. Die Landesregierung wird aufgefordert, Maßnahmen zur humanitären Aufnahme von mehr syrischen Flüchtlingen in Hessen zu ergreifen, insbesondere die Flüchtlingsaufnahme bei Familienangehörigen gemäß dem einstimmig im Bundestag gefassten Beschluss vom 28. Juni 2013 zu ermöglichen.
2. Die Landesregierung wird aufgefordert, den mit den Ländern abgestimmten Beschluss über die vorübergehende Aufnahme von 5.000 syrischen Flüchtlingen möglichst zügig auch in Hessen umzusetzen und für eine weitere Erhöhung des Kontingents zu werben.
3. Die Landesregierung wird aufgefordert, den verwaltungsinternen Abschiebestopp nach Syrien in Hessen zu verlängern und syrischen Staatsangehörigen statt einer Duldung einen sicheren Aufenthaltsstatus zu geben.
4. Die Landesregierung wird aufgefordert, eine eigene Aufnahmeanordnung für Hessen für Familienangehörige von Syrern zu erlassen.
5. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene für eine deutliche Kontingenterhöhung syrischer Flüchtlinge im Rahmen des Resettlement-Programms des UNHCR einzusetzen.

#### **Begründung:**

Der Bürgerkrieg in Syrien produziert von Tag zu Tag dramatischere Bilder, was den in Deutschland lebenden Angehörigen größte Sorge bereitet. Die Vereinten Nationen berichten vom schlimmsten Flüchtlingsdrama seit 20 Jahren: So zählt die verheerende Bilanz des Konflikts bereits 1,3 Mio. Flüchtlinge in den Nachbarländern, 3,6 Mio. sind innerhalb Syriens auf der Flucht und über 80.000 Menschen kamen bisher ums Leben, so der UNHCR.

Hessen wird seiner humanitären Verantwortung nicht gerecht, wenn es die Aufnahme weiterer Flüchtlinge aus Syrien verzögert. Und das, obwohl die Aufnahme bei bereits in Deutschland lebenden Angehörigen erfolgen kann, von denen sich viele zur Sicherung des Lebensunterhalts ihrer Verwandten erklärt haben.

Nötig ist eine zügig ausgestaltete Aufnahmeanordnung, die die Aufnahme von Flüchtlingen aus Syrien bei Ihren Verwandten in Hessen, sowie einen gesicherten Aufenthalt ermöglicht.

Wiesbaden, 3. September 2013

Der Parlamentarische Geschäftsführer:  
**Schaus**